

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Live-Übertragung der EWR-Debatte

Der EWR-Ausschuss des Landtags hat beschlossen, die EWR-Debatte des Landtags, die am Mittwoch, 16. September, stattfindet, live über den Landeskanal ausstrahlen zu lassen. Die Live-Ausstrahlung kann am Mittwoch ab 9 Uhr auf Sonderkanal S 9 der LGGA empfangen werden. Eine Wiederholung der Aufzeichnung der Landtagsdebatte folgt am Samstag, 19. September 1992, ab 15.30 Uhr auf dem gleichen Kanal.

Die Direktübertragung der EWR-Debatte aus dem Landtag war vom FBP-Landesausschuss, der sich in der vergangenen Woche in einer ganztägigen Klausurtagung mit Integrationsfragen auseinandergesetzt hatte, gefordert worden. FBP-Fraktionssprecher Dr. Ernst Walch stellte aufgrund dieser Forderung den Antrag gegenüber Landtagspräsident Dr. Karlheinz Ritter, die Debatte aus dem Landtag direkt übertragen zu lassen. Ausserdem stellte er den Antrag, zu einem späteren Zeitpunkt eine Wiederholung auszustrahlen, um auch jenen Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit des Mitverfolgens der Debatte zu geben, die nicht direkt dabei sein können.

Die EWR-Debatte steht im Mittelpunkt der Landtagsitzung

Ein Überblick über die Geschäfte des Landtags vom Mittwoch und Donnerstag – FBP für TV-Übertragung der EWR-Debatte via Landeskanal

(mö) – Nach einer längeren Sommerpause wird der Landtag morgen Mittwoch und am Donnerstag wieder zu einer Sitzung zusammentreten. Die Traktandenliste ist kürzlich noch um zwei auf insgesamt 18 Tagesordnungspunkte ausgedehnt worden. Im Mittelpunkt steht die Debatte über das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), die nach Auffassung des Landesausschusses der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) im Fernsehen – über den Landeskanal – übertragen werden soll. Dem Ansinnen der FBP hat der EWR-Ausschuss des Landtags inzwischen zugestimmt (siehe Kasten).

Die EWR-Debatte steht am Mittwoch gleich zu Beginn der Sitzung an und dürfte sich voraussichtlich bis weit in den Nachmittag hineinziehen, zumal auch ein erster Teil von damit zusammenhängenden Gesetzen bzw. Gesetzesanpassungen beraten wird. Diese erste Serie von Anpassungen betrifft die Abänderung des Strassenverkehrsgesetzes, die Abänderung der Verfassung und des Kundmachungsgesetzes, die Abänderung der Exekutionsordnung, das Gesetz über den Konsumkredit, das Gesetz über Pauschalreisen, das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, das Gesetz über den Verbraucherschutz bei Haus-

türgeschäften und ähnlichen Verträgen sowie das Gesetz über Umweltinformationen (siehe VOLKSBLATT vom Montag).

Das Interesse ausländischer Medien für die EWR-Debatte scheint sehr gross zu sein. Laut Landtagssekretär Wilfried Kindli haben sich einige Radio- und Fernsehstationen sowie zahlreiche Zeitungsjournalisten angemeldet.

Drei Gesetze vor Verabschiedung

Nach der EWR-Debatte wird der Landtag drei Gesetzesvorlagen im Detail beraten und voraussichtlich auch verabschieden, nachdem diese bereits in der Juni-Sitzung bei der erstmaligen Behandlung breite Zustimmung erhielten. Mit dem neuen Gesetz über Fachhochschulen, Hochschul- und Forschungsinstitute wird die Grundlage für eine Erweiterung unseres Bildungswesens um eine akademische Stufe geschaffen (Ausbau der Liechtensteinischen Ingenieurschule zur Fachhochschule). Das Gesetz regelt die wichtigsten Grundsätze und umfasst auch die Internationale Akademie für Philosophie (IAP) und das Liechtenstein-Institut. Im Landtag positiv aufgenommen wurde auch die beantragte Abänderung des AHV/IV-Gesetzes sowie des Gesetzes über Ergänzungsleistungen zur AHV/IV. Da-

nach können Rentnerinnen und Rentner Ende dieses Jahres erstmals mit einem zusätzlichen «Weihnachtsgeld» in der Höhe eines Viertels der ihnen im Dezember zustehenden Rentenauszahlung rechnen. Verschiedene Begleitumstände (EWR-Auswirkungen etc.) hatten die Regierung veranlasst, dem Parlament lediglich die «kleine Lösung» in Form einer Viertelrente vorzuschlagen – allerdings mit der Option, in einigen Jahren eine Erhöhung vorzunehmen.

Vor der Verabschiedung durch den Landtag steht schliesslich die Vorlage über die Abänderung des Besoldungsgesetzes. Hier geht es lediglich um eine Korrektur einer unbefriedigenden Rechtslage, nachdem das Besoldungsgesetz vor dem Gesetz über das Dienstverhältnis der Staatsangestellten in Kraft gesetzt wurde.

Behandlung von Initiativbegehren

Als neue Gesetzesvorlage zur erstmaligen Beratung figuriert die Abänderung des Volksrechtsgesetzes auf der Tagesordnung. Das Volksrechtsgesetz soll gemäss Bericht und Antrag der Regierung verschiedene Änderungen erfahren, welche sich im wesentlichen auf Anpassungen an das Staatsvertragsreferendum, auf die Überprüfung von Volksinitiativen und auf die Verkürzung der

Fristen für eine Volksabstimmung beschränken. In diesen Zusammenhang können zwei Volksinitiativen zur Abänderung der Verfassung gestellt werden, mit denen sich der Landtag anschliessend befassen wird. Die beiden formulierten Initiativbegehren der Freien Liste, die im Juli gültig zustandegekommen waren, betreffen die Streichung der 8-Prozent-Klausel und die Aufnahme eines Diskriminierungsverbotes in die Verfassung. Es ist zu erwarten, dass beide Initiativen zur Volksabstimmung weitergegeben werden.

Erteilung einer Bankkonzession

Von der Regierung wird der Landtag ersucht, Nachtragskredite im Gesamtwert von 5,628 Millionen Franken zu genehmigen. Den Schwerpunkt des zweiten summarischen Nachtrags zum Haushalt 1992 bilden die absehbaren Mehrausgaben für die Gewährung neuer Wohnbaudarlehen. Ins Gewicht fallen weiters die Mehrbelastungen im Fernmeldebereich und die erhöhten Leistungen für die humanitäre Hilfe in Krisengebieten. Die beantragten Nachtragskredite erwachsen aus insgesamt 14 Kreditpositionen.

Der «Bankplatz Liechtenstein» dürfte (Fortsetzung auf Seite 2)

Abbau von ausländischen Arbeitskräften in unserem Land

Amt für Volkswirtschaft veröffentlichte Ausländerstatistik – Insgesamt noch 12 760 erwerbstätige Ausländer – Spuren der Rezession

(G.M.) – Die Rezession hinterlässt auch in unserem Land ihre Spuren. Einerseits stieg die Zahl der Arbeitslosen innerhalb eines Jahres kräftig an, andererseits ist ein Rückgang der erwerbstätigen Ausländer festzustellen. Wie aus der Ausländerstatistik hervorgeht, die das Amt für Volkswirtschaft am Samstag veröffentlichte, wurden am 30. April noch 12 760 erwerbstätige Ausländer registriert. Dies sind 1,9 Prozent weniger als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres.

Bei einer Wohnbevölkerung von knapp 30 000 Einwohnern und einem Ausländerbestand von 10 720 Personen wies unser Land am 30. April – inklusive Grenzgänger aus der Schweiz und Österreich – insgesamt 12 760 erwerbstätige Ausländer auf. Im Vergleich zum Vorjahr, als noch 13 010 Ausländer mit Erwerbstätigkeit registriert wurden, beläuft sich die Abnahme auf 250 Erwerbstätige oder 1,9 Prozent.

Zunahme der Wegpendler

Die Zahl der erwerbstätigen Ausländer, die ihren Wohnsitz in Liechtenstein haben, beträgt 5882 (5746) Personen, wovon 1592 (1630) eine Jahresaufenthaltsbewilligung und 4290 (4116) eine Niederlassungsbewilligung besitzen. In

diesen Zahlen sind auch die Wegpendler enthalten, deren Zahl im Vergleich zum Vorjahr auf 557 (512) Personen angestiegen ist.

Rückgang der Grenzgänger

Im Gegensatz zur Zahl der erwerbstätigen Ausländer, die ihren Wohnsitz im Land haben, deren Bestand weiter zugenommen hat, weist die Statistik für die Grenzgänger aus der Schweiz und Österreich einen Rückgang auf. Aus der Schweiz werden 2220 (2211) Zupendler registriert, womit deren Zahl im Vergleich zum Vorjahr praktisch stabil geblieben ist. Im Gegensatz dazu sank die Zahl der Grenzgänger aus Vorarlberg auf 4430 (4667) Personen. Neu ausgewiesen werden 52 Grenzgänger aus Deutschland, die bislang in den österreichischen Zahlen enthalten waren.

Wie bei den Grenzgängern ist auch die Zahl der Saisonarbeiter auf 733 (898) Personen rückläufig.

900 erstmalige Bewilligungen

Im Zeitraum vom 1. Januar bis 30. April wurden von der Regierung insgesamt 900 erstmalige Aufenthaltsbewilligungen erteilt. Ein Grossteil davon, nämlich 732 Bewilligungen, betrafen Saisonarbeiter, gefolgt von den 98 er-



Die wirtschaftlich angespannte Lage hat auch Auswirkungen auf die Erwerbstätigkeit in unserem Land. Nach der Ausländerstatistik hat die Zahl der erwerbstätigen Ausländer auf 12 760 Personen abgenommen, während im Vorjahr noch 13 010 Erwerbstätige aus dem Ausland registriert worden waren. (Archivbild)

werbstätigen Jahresaufenthaltern. Zudem gab es 5 Bewilligungen für Studenten und 23 Bewilligungen für Erholungsaufenthalter und Rentner. In den 900

Bewilligungen sind auch 2 Bewilligungen für ausländische Frauen von Landesangehörigen und 40 sonstige Niederlassungen enthalten.

Benzinpreiserhöhung per 9. Oktober?

Bern (spk) Der Schweizer Bundesrat will das Loch in der Staatskasse per Dringlichkeitsrecht stopfen. Bereits auf 9. Oktober soll der Treibstoffzoll um 25 Rappen erhöht werden. Die Hälfte der Mehreinnahmen von rund 800 Mio Franken ist für den Strassenverkehr vorgesehen. Gegen die Botschaft, die in der Herbstsession der Eidgen. Räte auf dem Programm steht, regt sich Widerstand.

Der Bund schreibt immer rötliche Zahlen. Trotz erheblicher Kürzungen werde der Bundesrat dem Parlament für 1993 ein Budget mit einem 2,4 Milliarden-Defizit unterbreiten, heisst es in der am Montag publizierten Botschaft ans Parlament. Dieses Ergebnis könne allerdings nur erreicht werden, wenn der Bund für das ganze Jahr 1993 mit den zusätzlichen Mitteln aus der Benzinpreiserhöhung rechnen könne.

Zinsbremse für die Schweizer Wirtschaft wurde gelockert

Schweizer Nationalbank schliesst sich deutscher Leitzinssenkung an

Zürich (AP) Die Zinsschellen für die seit Monaten in der Rezession verharrende Schweizer Wirtschaft werden gelockert: Im Einklang mit der Deutschen Bundesbank senkt die Nationalbank den Diskontsatz und unterstreicht damit, dass sie bereit ist, den Spielraum für Zinssenkungen voll auszunutzen. Die Gefahr einer weiteren Hypozinrunde rückt damit weiter in die Ferne.

Das Direktorium der Schweizerischen Nationalbank (SNB) beschloss, den Diskontsatz mit Wirkung vom heutigen Dienstag um einen halben Prozentpunkt auf 6,5 Prozent zu senken. Der Diskontsatz, den die Banken zahlen müssen, wenn sie Notenbank-Kredite gegen Hinterlegung von Wechseln aufnehmen, fällt damit wieder unter seinen historischen Höchststand zurück, den er am 16. August letzten Jahres erreicht hatte. Am System des flexiblen Lombardsatzes,

den die Nationalbank täglich der Entwicklung der Geldmarktsätze anpasst, änderte die Nationalbank nichts. Der Lombardsatz lag am Montag unverändert bei 9,625 Prozent.

Die Nationalbank unterstrich in ihrer Begründung vor allem den konstatierenden Charakter der Diskontsatzsenkung und verwies auf die seit einigen Wochen rückläufigen Zinssätze am Geldmarkt. SNB-Sprecher Werner Abegg sagte, dass dieser Rückgang um ein dreiviertel Prozentpunkte von jenen Kreisen und Politikern zu wenig beachtet worden sei, die in jüngster Zeit eine Lockerung der Geldpolitik gefordert hätten. Die Diskontsatzsenkung sei zudem durch ähnliche Massnahmen anderer Notenbanken, namentlich der deutschen, stark erleichtert worden. Abegg wollte den Zinsscheid der Nationalbank weder als Sig-

nal für eine weitere Lockerung der Geldpolitik, noch als Massnahme zur Verhinderung einer fünften Hypothekenzinrunde interpretiert wissen. Falls sich die feste Verfassung des Frankenkurses bestätigen sollte, sei es aber durchaus möglich, dass die sinkende Zinstendenz auch am Kapitalmarkt weitergehe, sagte der Nationalbank-Sprecher.

In einer AP-Umfrage bei Bankökonominnen und Konjunktexperten wurde vor allem die Bedeutung der deutschen Zinssenkung für die Konjunktorentwicklung in Europa und damit auch in der Schweiz unterstrichen. Der Chefökonom der Schweizerischen Bankgesellschaft (SBG), Peter Buomberger, bezeichnete es als erfreulich, dass auch die Nationalbank mit der Diskontsenkung ein Zeichen gesetzt habe.

Mehrheitliches Nein zum EWR-Beitritt

(paf) – Rege benutzt wurde das Computer-Programm beim EWR-Stand an der LIHGA, welches auf ansprechende und spielerische Weise über die verschiedenen Aspekte des EWR-Abkommens informierte. Vor allem Jugendliche fühlten sich vom attraktiven Computer-Programm angesprochen, aber auch ausländische LIHGA-Besucher benutzten diese Möglichkeit zur umfassenden Information.

Beim EWR-Computer-Programm hatten die Benutzer die Gelegenheit, auf die Frage «Wenn Sie jetzt abstimmen könnten, wie würden Sie sich entscheiden?» mit «ja», «noch unentschieden» oder «nein» zu antworten. Bei total 549 Antworten entfielen 223 (40,6 Prozent) auf «ja», 232 (42,3 Prozent) auf «nein» und 94 (17,1 Prozent) «noch unentschieden». In diesem Resultat sind natürlich auch alle Antworten der jugendlichen, noch nicht stimmberechtigten Besucher sowie der ausländischen Besucher enthalten; es ist somit nur bedingt aussagekräftig.

Wer Gefallen am attraktiven Computer-Programm gefunden hat oder sich ungestört am eigenen Computer über den EWR informieren will, kann die Computerdiskette «Liechtenstein und die Europäische Integration» kostenlos beziehen beim Amt für Volkswirtschaft, EWR-Dokumentation, Kirchstrasse 7, 9490 Vaduz, Telefon 6 60 45. (Systemanforderung: IBM-kompatibler PC mit 286 Prozessor, Festplatte mit 2,5 MB Speicherkapazität, EGA/VGA-Monitor, 3,5 Zoll-Laufwerk, Maus empfohlen.)

frei
willing
auto
frei

Bettag 20. Sept.